

Mitglieder der Verwaltung:

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter des Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen	ab TOP 3.
Frau Wolf	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Frau Karliner	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	öffentlicher Teil
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	öffentlicher Teil
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	öffentlicher Teil
Frau Fischer	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Herr Mißbach	Leiter Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften	öffentlicher Teil
Herr Gabriel	Leiter Fachgebiet Allg. Ordnungsangelegenheiten	öffentlicher Teil
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Herr Pöcker	Leiter Fachgebiet Brandschutz	öffentlicher Teil
Herr Wetzstein	Fachgebiet Brandschutz/Leiter Feuerwache	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Herr Laible, SPD/Grüne-Fraktion	öffentlicher Teil
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil
Frau Dr. Pia Findeiß, Oberbürgermeisterin der Stadt Zwickau	TOP 4.1. und TOP 4.2.
Frau Sandra Kaiser, Geschäftsführerin der Theaters Plauen-Zwickau g GmbH	TOP 4.1. und TOP 4.2.
Herr Roland May, Intendant des Theaters Plauen-Zwickau	TOP 4.1. und TOP 4.2.
Frau Janine Endler, Kultursekretärin des Kulturraumes Vogtland-Zwickau	TOP 4.1. und TOP 4.2.
Herr Matthias Spindler, Vorsitzender des Betriebsrates des Theaters Plauen-Zwickau	TOP 4.1. und TOP 4.2.
Herr Nikolaus Köhler, ehemaliger Vorsitzender des Betriebsrates des Theaters Plauen –Zwickau	TOP 4.1. und TOP 4.2.

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Beantwortung von Anfragen
 - 1.3. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Information**
 - 2.1. Beteiligungsbericht 2017 der Stadt Plauen
Drucksachenummer: 909/2018

Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2019

3. Haushaltssatzung 2019
Drucksachennummer: 916/2018
- 3.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. **Reg. Nr. 282-18**, zum CDU-Antrag **Reg.-Nr. 277-18**
- Stellungnahmen der Verwaltung
- 3.2. Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen, **Reg.-Nr. 317-18** - HH 2019
- 3.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg.-Nr. 318-18** - HH 2019
- 3.4. Antrag der CDU-Fraktion, **Reg.-Nr. 341-18** - HH 2019
- 3.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg.-Nr. 319-18** - HH 2019
- 3.6. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg.-Nr. 331-18** - HH 2019
- 3.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg.-Nr. 320-18** - HH 2019
- 3.8. Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg.-Nr. 321-18** - HH 2019
- 3.9. Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg.-Nr. 322-18** - HH 2019
- 3.10. Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg.-Nr. 327-18** - HH 2019
- 3.11. Antrag der CDU-Fraktion, **Reg.-Nr. 345-18** - HH 2019
- 3.12. Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg.-Nr. 328-18** - HH 2019
- 3.13. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg.-Nr. 329-18** - HH 2019
- 3.14. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg.-Nr. 330-18** - HH 2019
- 3.15. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg. Nr. 332-18** - HH 2019
- 3.16. Antrag der CDU-Fraktion, **Reg.-Nr. 339-18** - HH 2019
- 3.17. Antrag der CDU-Fraktion, **Reg.-Nr. 342-18** - HH 2019
- 3.18. Antrag der CDU-Fraktion, **Reg.-Nr. 343-18** - HH 2019
- 3.19. Antrag der CDU-Fraktion, **Reg.-Nr. 344-18** - HH 2019
- 3.20. Antrag der CDU-Fraktion, **Reg.-Nr. 349-18** - HH 2019
4. **Beschlussfassung**
- 4.1. Fortsetzung der Vertragsverhandlungen zum Grundlagenvertrag der Theater Plauen-Zwickau gGmbH
Drucksachennummer: 922/2018
- Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion DIE LINKE.
Reg. Nr. 350-17
- 4.2. Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH unter Berücksichtigung der Ausgestaltung des "Kulturpaktes" mit dem Freistaat Sachsen, sowie der finanzierungskonformen Änderung des Gesellschaftsvertrages
Drucksachennummer: 878/2018
- 4.3. Kündigung Fördermitgliedschaft der Stadt Plauen im Parktheater Plauen e.V.
Drucksachennummer: 906/2018
- 4.4. Wirtschaftsplan des Kulturbetriebes der Stadt Plauen für das Jahr 2019
Drucksachennummer: 892/2018
- 4.5. Entgeltregelung für die Nutzung der Festplätze an der Festhalle Plauen
Drucksachennummer: 893/2018
- 4.6. Entwurf und Auslegung Lärmaktionsplan
Drucksachennummer: 914/2018
- 4.7. Umstufung von zwei beschränkt öffentlichen Wegen Am Reuthübel zu Ortsstraßen
Drucksachennummer: 902/2018
5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, bestellt.

Oberbürgermeister Oberdorfer überreicht 3 Ehrenurkunden vom SSG Kreisverband Vogtland zur „Ehrung für langjährige kommunalpolitische Tätigkeit“ an Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, und Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., verbunden mit einem herzlichen Dank.

Als kleine Aufmerksamkeit seitens der Stadtverwaltung wird jeweils ein Schwibbogen mit Motiven von „e.o.plauen - Vater und Sohn“ überreicht.

Weiterhin gratuliert Oberbürgermeister Oberdorfer nachträglich Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., nachträglich zum 70. Geburtstag.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über die Erweiterung der Tagesordnung der heutigen Sitzung um den TOP 4.8. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen im Fachgebiet Pass- und Meldewesen, **Drucksachenummer: 926/2018.**

Die entsprechenden Unterlagen wurden bereits im Vorfeld ausgereicht.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über die Ausreichung folgender Unterlagen zu Beginn der Sitzung:

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 351-18**

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 352-18**

Änderungsblatt zur Verwaltungsvorlage **Drucksachenummer: 922/2018** unter TOP 4.1.

1.1. Tagesordnung

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag, die Tagesordnungspunkte 4.1. und 4.2. zu tauschen.

Es erscheint ihm sinnvoll, die Verwaltungsvorlage unter TOP 4.2. zuerst zu behandeln.

Oberbürgermeister Oberdorfer wird diesen Antrag vor den betreffenden Tagesordnungspunkten nochmals zur Abstimmung aufrufen.

1.2. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.3. Informationen des Oberbürgermeisters

keine öffentlichen Informationen

2. Information

2.1. Beteiligungsbericht 2017 der Stadt Plauen

Drucksachenummer: 909/2018

Herr Mißbach, Leiter Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften, erläutert den Inhalt der Informationsvorlage.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Beteiligungsbericht 2017 der Stadt Plauen und die Berichte der Aufsichtsräte der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung lt. Anlage zur Kenntnis.

3. Haushaltssatzung 2019
Drucksachenummer: 916/2018

Frau Göbel, Fachdienstleiterin für das Finanzwesen, informiert, dass einige der von den Fraktionen eingebrachten und heute zur Beschlussfassung stehenden Anträge nicht mit haushaltsseitigen Auswirkungen für den Haushaltsbeschluss 2019 verbunden sind, da sie im wesentlichen Prüf- und Arbeitsaufträge darstellen.

Erhebliche Änderungen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ergeben sich u. a. aus der voraussichtlich höheren Kreisumlage. Zur tatsächlichen Höhe ist die Beschlussfassung des Kreistages im nächsten Jahr abzuwarten. Es könnten aber auch Verbesserungen aus den voraussichtlichen Schlüsselzuweisungen eingeplant werden.

Andererseits könnten Verbesserungen in den voraussichtlichen Schlüsselzuweisungen vom Freistaat Sachsen eingeplant werden - aufgrund der gemeinschaftlichen Prognose des Sächsischen Städte- und Gemeindetages und der mittelfristigen Orientierungsdaten des SMI für die Finanzplanung bis zum Jahr 2022.

Frau Göbel teilt weiterhin mit, dass zwischenzeitlich auch die Orientierungsdaten des Staatsministeriums für Finanzen zum Sächsischen Finanzausgleichsgesetz für das Haushalts- bzw. Ausgleichsjahr 2019 vorliegen, die aber im vorliegenden Zahlenwerk nicht mehr veranschlagt werden konnten. Danach reduziert sich die voraussichtliche Höhe der Schlüsselzuweisungen 2019 - aufgrund eines Sonderlastenausgleiches bzgl. der Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft zugunsten der Landkreise, der bei den kreisangehörigen Gemeinden durch höhere Umsatzsteueranteile kompensiert wird.

Nach den Schätzungen dieser Orientierungsdaten kann die Stadt Plauen in den Jahren 2019 und 2020 voraussichtlich auch höhere Anteile an der Einkommenssteuer erwarten.

Allerdings weist Frau Göbel eindringlich darauf hin, dass in der heutigen Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung im Gegensatz zum Haushaltsplanentwurf in 2021 der komplette Einsatz des restlichen Vorsorgevermögens eingeplant wurde. Ob dies angesichts auch geplanter optimistischer Einnahmeerwartungen durch den Gesetzgeber dann tatsächlich so zugelassen wird, ist zumindest unsicher. Selbst bei optimistischer Prognose reicht der Zahlungsmittelsaldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (außer in 2022) nicht aus, um die ordentliche Tilgung zu finanzieren. Daher ist die konsequente Umsetzung des vom Stadtrat beschlossenen Haushaltsstrukturkonzeptes weiterhin unabdingbar.

Frau Göbel führt weiter aus, dass im Ergebnis aller eingearbeiteten Veränderungen der zum 31.12.2022 unter Berücksichtigung des Zahlungsmittelbedarfes für Rückstellungen verfügbare Finanzmittelbestand nur 400.385 EUR beträgt. Unter Beachtung zahlreicher Risiken, insbesondere aus der Realisierung der umfangreichen Baumaßnahmen, besteht somit kein Spielraum für zusätzliche Haushaltsbelastungen.

Frau Göbel informiert, dass bei der anschließenden Befassung der Anträge jeweils eine Folie gezeigt wird, in der die finanziellen Auswirkungen auf die Beschlussfassung der HH-Satzung 2019 aufgezeigt sind.

Frau Göbel bittet um Wortmeldung vor der Beschlussfassung, wenn die Mitglieder des Stadtrates mit der Darstellung nicht einverstanden sind. Die auf den Anträgen der Fraktionen aufgeführten Deckungsquellen wurden nicht berücksichtigt, da sie größtenteils nicht veranschlagungsreif sind. Der Inhalt der o. g. Folien wird in der Fassung der Beschlüsse zu den bestätigten Anträgen ins Protokoll der heutigen Stadtratssitzung aufgenommen und die endgültigen Werte der Haushaltssatzung werden daraus ermittelt.

Frau Göbel bittet um Verständnis, dass die Beschlussfassungen zu den Anträgen hinsichtlich ihrer konkreten Auswirkungen auf die Haushaltsansätze eindeutig sein müssen, um die Rechtssicherheit des Beschlusses der Haushaltssatzung zu sichern.

Abschließend bittet Frau Göbel darum, der Haushaltssatzung 2019 in der heute zum Beschluss stehenden Fassung zuzustimmen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, informiert, dass seine Fraktion mit den eingereichten Anträgen klar Position bezogen hat, wofür sie sich in der Stadt Plauen einsetzt.

Bezüglich des immer noch laufenden Haushaltskonsolidierungsprozesses muss nach Meinung von Stadtrat Schmidt positiv festgestellt werden, dass die in 2015 beschlossenen Maßnahmen zu diesem Prozess beigetragen haben und somit keine weiteren Konsolidierungsmaßnahmen seitens der Stadtverwaltung angedacht sind. Dies sei ein gutes Signal in Richtung der städtischen Vereine und sozialen Einrichtungen.

Bezüglich der Personalkosten stellt Stadtrat Schmidt fest, dass es perspektivisch schwer werden könnte, den Bürgern zu vermitteln, dass Verwaltung immer mehr kosten wird und andererseits eventuell freiwillige Aufgaben der Stadt Plauen wieder zur Diskussion stehen könnten. Stadtrat Schmidt betont aber ausdrücklich, dass er jedem Mitarbeiter im Hause Lohnsteigerungen gönne.

Positiv werden die umfangreichen Baumaßnahmen in der Stadt gesehen. In diesem Zusammenhang spricht sich Stadtrat Schmidt positiv zum kurzfristig gewährten Investitionsprogramm des Bundes aus. Hierfür bedankt er sich.

Unzufrieden sei die CDU-Fraktion mit den seit Jahren stagnierenden Gewerbesteuererinnahmen. Es sollte Ziel bleiben, diese Zahl nach oben zu korrigieren, indem versucht wird, zusätzlich Gewerbe und Industrie in Plauen anzusiedeln. In diesem Zusammenhang mahnt Stadtrat Schmidt den Bereich Wirtschaftsförderung an, weiter Akquise zu betreiben und zu versuchen weitere Arbeitsplätze in Plauen zu schaffen.

Stadtrat Schmidt führt aus, dass zu den einzelnen Anträgen noch Hinweise erfolgen werden.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, bedankt sich beim Fachbereich Finanzverwaltung für die Ausarbeitung des Haushaltsplanes 2019.

Gegenüber den Vorjahren wäre u. a. auch die Zeit für die Fraktionen, sich mit dem Haushalt zu befassen, ausreichend gewesen. Die Fülle der eingebrachten Anträge sieht Stadtrat Hermann als ein positives Zeichen für eine funktionierende Demokratie.

Stadtrat Hermann erwähnt den im Jahr 2015 beschlossenen Doppelhaushalt, der nach seiner Meinung gesetzeswidrig gewesen sei. Dieser habe eine pflichtige Haushaltskonsolidierung bis ins Jahr 2019 nach sich gezogen.

Nach Auffassung der SPD/Grüne-Fraktion sollte jede Chance genutzt werden, die Belastung für Familien so stark als möglich zu reduzieren. Mit dem vorgelegten Haushalt würde diesem Ansinnen Rechnung getragen, indem die Elternbeiträge für Kitas für 2019 stabil bleiben und für 2020 um rund 10 % in Summe sinken sollen. Die Landeszuschüsse würden somit vollständig an die Eltern weitergegeben.

Die sei ein starkes Signal, könne aber die Probleme in diesem Haushalt nicht überdecken.

Hier benennt Stadtrat Hermann u. a., dass die strukturellen Probleme aus dem Verlust der Kreisfreiheit weiterhin ungelöst seien und dass eine Beteiligung des Landkreises an der Theatermitfinanzierung trotz der äußerst positiven Haushaltslage des Vogtlandkreises noch immer nicht erfolgt.

Die Themen Soziales und Jugendhilfe sind eigentlich Kreisaufgabe. Es sei aber nach Meinung von Stadtrat Hermann nicht erkennbar, dass seitens des Oberbürgermeisters und von Bürgermeister Zenner tatsächlich die real existierenden Probleme, die seitens des Fachbereiches bestätigt wurden, angegangen würden.

Auch zum Thema Wirtschaftsförderung (z. B. Erschließung von neuen Gewerbeflächen) äußert sich Stadtrat Hermann kritisch.

Stadtrat Hermann appelliert abschließend an alle Kreisräte, ein klares Bekenntnis abzugeben, um eine deutliche Senkung der Kreisumlage durchzusetzen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., führt aus, dass sich die Stadt Plauen trotz Haushaltskonsolidierung immer noch Luxus leisten würde, der vermeidbar wäre. Als Beispiel benennt sie hier die Verwendung von Fördermitteln für die Sanierung des Theaterplatzes, obwohl es wesentlich schlechtere Straßen und Plätze in Plauen gäbe.

Weiterhin führt Stadträtin Hänsel aus, dass sich die Stadt Plauen Personalausgaben leisten würde, die entweder freiwillige Aufgaben sind bzw. in die Verantwortung des Landkreises fallen, z. B. die Neuschaffung der Stelle eines Jugendfeuerwehrwartes (die bereits abgeschafft war).

Stadträtin Hänsel kritisiert, dass nur wenig Geld für Würdigung des 80. Jahrestages des Pogroms zur Verfügung stand aber nach ihrer Meinung hohe Summen für die Einladung der U-Boot-Mannschaft ausgegeben wurden.

Eine Dreifeldsporthalle sei nach ihrer Meinung zwar notwendig, aber nicht mit dieser hohen Anzahl an Zuschauerplätzen.

Bei den Personalstellen würde vielerorts am Limit gearbeitet. An mehreren Schulen gäbe es keine ausreichenden Flächen für den Sportunterricht.

Die anfallenden Kosten für Unterhalt und Instandsetzung für die neu zu errichtenden Gebäude in der Stadt Plauen dürften ebenfalls nicht vergessen werden.

Ideelle, kulturelle und emotionale Themen würden nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. auf der Strecke bleiben.

Stadträtin Hänsel führt weiter aus, dass vor allem durch das Ehrenamt vieles im kulturellen und sozialen Bereich geschaffen wurde. Eine Anerkennung des Ehrenamtes sei unbedingt erforderlich, um dieses zu erhalten und Nachwuchs zu gewinnen.

Bei Angeboten im kulturellen und sportlichen Bereich müsse nach Auffassung von Stadträtin Hänsel in Plauen noch einiges getan werden.

Stadträtin Hänsel merkt weiter an, dass z. B. im Zuge der Sanierung der Neuen Elsterbrücke die Plauener Straßenbahn vor einer großen finanziellen Aufgabe stünde, die deren Liquidität gefährden könnte.

Ein Problem sei nach Auffassung von Stadträtin Hänsel ebenfalls die zu geringe finanzielle Ausstattung der Kommunen bzw. die falsche Förderpolitik aus Dresden. Die Städte und Gemeinden müssten die notwendigen Mittel in ausreichender Höhe und nicht zweckgebunden erhalten, um selbst entscheiden zu können, was, wann wo notwendig sei.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, merkt an, dass es im Freistaat Sachsen nach wie vor keine angemessenen Rahmenbedingungen dafür geben würde, dass alle Städte und Gemeinden in Würde und Verantwortungsbewusstsein einen Haushalt aufstellen könnten, der allen wesentlichen und wichtigen Aufgaben Rechnung tragen kann.

Die Fraktion FDP/Initiative Plauen erachtet es ausdrücklich als gut und richtig, dass heute im Stadtrat noch über eine Vielzahl von Änderungsanträgen der einzelnen Fraktionen beraten und abgestimmt wird und gleich im Anschluss ein Beschluss zum Gesamthaushalt gefasst werden könne. Dies sei z. B. im Vogtlandkreis keine Selbstverständlichkeit.

Stadtrat Gerbeth bezeichnet die in Aussicht gestellten Zuwendungen für Investitionen von Bund und Land als ein sehr gutes Signal. Man wünsche sich aber gleichzeitig eine auskömmliche Gestaltung der Finanzbeziehungen zugunsten der Kommunen auf lange Sicht.

Stadtrat Gerbeth geht kurz auf die von seiner Fraktion eingebrachten Anträge ein. **Er teilt mit, dass der Antrag, Reg. Nr. 317-18, hiermit zurückgezogen wird.**

Die Anerkennung des Ehrenamtes sei nach Auffassung von Stadtrat Gerbeth sehr wichtig. Er plädiert ausdrücklich dafür, Vertrauen anstelle von Misstrauen zu setzen und zu kooperieren, statt dem ständigen kritischen Hinterfragen von einzelnen Vereinen.

Stadtrat Gerbeth hält es für richtig, Investitionen zu ermöglichen. Diese würden Arbeitsplätze schaffen bzw. bei der Erschließung von Gewerbegebieten neue Ansiedlung von Firmen möglich machen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den am 02.10.2018 vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2019 mit den in den Anlagen aufgezeigten Veränderungen sowie die Haushaltssatzung der Stadt Plauen für das Haushaltsjahr 2019 in der sich daraus unter Berücksichtigung beschlossener Anträge ergebenden endgültigen Fassung.

**Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-18**

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt zur weiteren Verfahrensweise bei der Behandlung der Anträge vor, jeweils 1 Wort dafür und 1 Wort dagegen zuzulassen und danach die Abstimmung durchzuführen.

**3.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.Nr. 282-18, zum CDU-Antrag, Reg.Nr. 277-18
- Stellungnahmen der Verwaltung**

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages, **Reg. Nr. 277-18.**

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Inhalt des Antrages, **Reg. Nr. 282-18.**

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu beiden Anträgen vor. Es wird vorgeschlagen, heute über den Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen und das Ansinnen des Antrages der Fraktion DIE LINKE. im kommenden Jahr noch einmal zu befassen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass es auch noch andere ehrenamtlich Tätige gibt. Auch diese sollten nicht ungewürdigt bleiben. Deshalb wird gebeten, noch einmal genau zu prüfen, ob die Plauen-Card grundsätzlich für alle Ehrenamtlichen aufzuwerten und dies noch einmal im nächsten Jahr zu befassen.

Stadträtin Rank teilt mit, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg. Nr. 282-18, von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen wird.

Es soll aber eine Wahlmöglichkeit für ehrenamtlich Tätige geschaffen werden, damit nicht nur die Weihnachtsausstellung sondern wahlweise auch ein anderes kulturelles Angebot der Stadt Plauen besucht/genutzt werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer wird diesen Gedanken auf die Tagesordnung des Kultur- und Sportausschusses am 07.03.20189 aufnehmen.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, teilt mit, dass dieser Antrag keine Auswirkungen auf den Beschluss der Haushaltssatzung 2019 hat.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg. Nr. 282-18, wird zurückgezogen.

Es erfolgt die Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 277-18:**

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt, die Stadt Plauen möge den Kameraden/innen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Plauen Anerkennung in Form eines Dankschreibens für die ehrenamtliche Tätigkeit ausdrücken. Dem Schreiben sollte eine Freikarte für sie und ihren Partner und Kindern zur Weihnachtsausstellung im Museum beigelegt werden.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-2**

3.2. Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen, Reg.-Nr. 317-18 - HH 2019

Stadtrat Gerbeth teilt mit, dass der Antrag, Reg. Nr. 317-18, zurückgezogen wird.

3.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 318-18 - HH 2019

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, zu diesem Tagesordnungspunkt auch gleich die Diskussion zum TOP 3.4. Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 341-18**, zu führen, da beide Anträge inhaltlich miteinander korrespondieren.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Inhalt des Antrages ihrer Fraktion.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass er das Ansinnen der Anträge unterstützt. Er bietet an, die Zahlung von Zuschüssen an Vereine im Haushalt 2020 als Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen.

Im Jahr 2019 wäre es möglich, dass Vereine bei Vorlage von begründeten Antragstellungen finanzielle Unterstützung bis zur vorgeschlagenen Höhe von 10 TEUR im Zuge von über- und außerplanmäßigen Auszahlungen erhalten können.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, informiert, dass ein entsprechendes Konzept vom Vogtländischen Bergknappenverein zu Plauen e.V. schon längst bei Bürgermeister Zenner vorliegen würde. Somit sei es verwunderlich, dass die Mittel noch nicht im Haushalt 2019 eingearbeitet wurden.

Nach Meinung der SPD/Grüne-Fraktion wäre es aber sinnvoll, beim Förderverein Komturhof Plauen abzuwarten, dass der Verein ebenfalls ein entsprechendes Konzept zur Verwendung der beantragten Mittel vorlegt.

Stadträtin Rank schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„...bis zu 10.000 EUR jährlich und Mittel die nicht gebraucht werden, fließen in den Haushalt zurück...“

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion beide Vereine unterstützen möchte. Der Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 341-18**, wird ohne Änderungen beibehalten.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet nunmehr um Abstimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 318-18**, mit der vorgeschlagenen Änderung „...mit **bis zu 10.000 EUR** jährlich...“.

Beschluss:

Die Stadt Plauen unterstützt den Vogtländischen Bergknappenverein zu Plauen e.V. mit bis zu 10.000,00 EUR jährlich.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-2**

3.4. Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 341-18 - HH 2019

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass die Unterstützung des Vogtländischen Bergknappenvereines e.V. bereits im Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 318-18**, (TOP 3.3.) berücksichtigt wurde. Somit wird dieser Teil des Beschlusstextes gestrichen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktion FDP/Initiative Plauen, plädiert ausdrücklich für den Antrag.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, bittet um klare Aussage, ob der Antrag der CDU-Fraktion sich nur auf das Jahr 2019 bezieht oder auch auf die Folgejahre.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt mit, dass der Zuschuss nur für das Jahr 2019 gezahlt werden soll.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion beantragt, für den Förderverein Komturhof Plauen e.V. einen Zuschuss in Höhe von 10.000 EUR im Jahr 2019 zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-3

3.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 319-18 - HH 2019

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass der Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg. Nr. 331-18** (TOP 3.6.) sowie der zu Beginn der Sitzung ausgereichte Änderungsantrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 352-18**, mit dem Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt inhaltlich korrespondieren.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Antrag ihrer Fraktion, **Reg. Nr. 319-18**.

Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, informiert, dass der Antrag ihrer Fraktion, **Reg. Nr. 331-18** entsprechend dem Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 319-18**, auf 4.000 EUR reduziert und die Deckungsquelle aus dem Antrag, **Reg. Nr. 319-18**, ebenfalls übernommen wird.

Weiterhin erläutert Stadträtin Pfeil-Zabel den Antrag ihrer Fraktion, **Reg. Nr. 331-18**.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erläutert den Änderungsantrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 352-18**.

Herr Schäfer, Leiter des Fachbereiches Jugend/Soziales/Schulen/Sport, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Er macht deutlich, dass Unterkünfte/Einrichtungen zum Schutz von Kindern, Frauen und Männern in den Zuständigkeitsbereich des Sozial-/Jugendamtes des Vogtlandkreises fallen. Der Weissenberg e. V. hat die Möglichkeit, im Sozialamt des Vogtlandkreises einen entsprechenden Antrag zu stellen, wie dies andere Vereine auch tun. Dann besteht die Möglichkeit, dass sich die jeweiligen sogenannten Sitzkommunen mit 10 % über die entsprechende Förderrichtlinie im Vogtlandkreis an den Maßnahmen beteiligen. Dazu sei die Stadt Plauen gerne bereit. Gleiches gilt auch für die im Änderungsantrag der CDU-Fraktion beantragte Ausschreibung. Diese müsste durch den Vogtlandkreis ausgeführt werden. Die Stadt Plauen würde hier ihre Zuständigkeit überschreiten, wenn sie eine solche Ausschreibung in die Wege leiten würde.

Die Stadtverwaltung Plauen schlägt vor, die Anträge in ihrer derzeitigen Form abzulehnen.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, woraus ebenfalls ersichtlich ist, warum die angegebenen Deckungsquellen nicht verwendet werden können. Es wird vorgeschlagen, die Anträge ohne die aufgeführten Deckungsquellen abzustimmen.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, informiert, dass ein ähnlicher Antrag auch im Kreistag gestellt wurde. Er schlägt vor, dass die Finanzierung der Männerschutzwohnung unter den Vorbehalt gestellt werden sollte, dass eine Zahlung der Stadt Plauen nur erfolgt, wenn der Landkreis diese Finanzierung nicht übernimmt.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., wirbt im Namen seiner Fraktion dafür, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 352-18**, abzulehnen, da die Männerschutzwohnung bereits eingerichtet ist und der Weissenberg e.V. (mit Sitz in Plauen) bereits regional und landesweit Männerschutzwerken vernetzt ist.

Sinnvoll wäre es aus seiner Sicht, einen Zuschuss an den Verein für das nächste Jahr mit dem von Stadtrat Zabel vorgetragenen Vorbehalt zu beschließen.

Beschlussfassung zum Haushalt 2019

Beschluss zu Reg. Nr. 352-18:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Aus den Anträgen ist zur Betreibung einer Männerschutzwohnung der Verein Weissenberg e. V. zu streichen und wie folgt zu ändern:

Mit Beschluss eines Zuschusses für die Einrichtung einer Männerschutzwohnung ist diese zur Betreibung an die bestehenden Vereine in Plauen aususchreiben.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen; 23 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/18-4

Der Änderungsantrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg. Nr. 331-18**, wird dem Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 319-18**, angepasst und zu beiden Anträgen gemeinsam abgestimmt.

Beschluss zu Reg. Nr. 319-18/Reg. Nr. 331-18:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einrichtung eines Zuschusses Unterhaltung Männerschutzwohnung an den Weissenberg e. V. mit 4.000,00 EUR jährlich.

Der Zuschuss soll zur Unterhaltung einer Männerschutzwohnung in Plauen verwendet werden.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen; 17 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/18-5

3.6. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg.-Nr. 331-18 - HH 2019

siehe TOP 3.5.

3.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 320-18 - HH 2019

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass die Fraktion DIE LINKE. auf eine Erläuterung zum Antrag verzichtet.

Beschluss:

Die Fraktionszuwendungen sollen ab 2019 jährlich um 2 % steigen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/18-6

3.8. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 321-18 - HH 2019

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 321-18**, von der Fraktion zurückgezogen wird.

3.9. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 322-18 - HH 2019

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass die Sparkasse Vogtland mehrfach Fußballübertragungen (z. B. Europa- oder Weltmeisterschaften) im Parktheater Plauen finanziert hat.

Die Sparkasse Vogtland beabsichtigt, dies auch weiterhin zu tun, wenn die Möglichkeit besteht, diese Events in besonderer Weise zu vermarkten, indem der Glaspavillon weiterhin als Veranstaltungsort für Privatkunden der Sparkasse Vogtland zu o. g. Events genutzt werden kann.

Es kann nicht garantiert werden, dass bei Abriss des Glaspavillons das Interesse der Sparkasse Vogtland an der Finanzierung o. g. Events noch vorhanden sein wird.

Die Sparkasse Vogtland hat angeboten, den Erhalt des Glaspavillons mit 10.000 EUR für den Ankauf zu unterstützen.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt weiter aus, dass der Parktheaterverein den Glaspavillon zwischenzeitlich an einen Dritten verkauft hat.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion für den Antrag aus.

Ausschlaggebend seien hierfür zwei unklare Punkte gewesen. Einmal die Tatsache, dass der Glaspavillon bereits an einen Dritten verkauft sei und ein Rückkauf nach Meinung von Stadtrat Fiedler nicht möglich wäre. Zum anderen der Sachverhalt, dass es sich bei der finanziellen Unterstützung der Sparkasse nach Meinung von Stadtrat Fiedler nicht um Sponsoring sondern um eine Art Vorauszahlung von Mietzins handeln würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer hat mit dem derzeitigen Käufer/Besitzer des Glaspavillons entsprechende Verhandlungen geführt. Ein Ankauf durch die Stadt Plauen wäre möglich. Der Sponsorenvertrag mit der Sparkasse Vogtland wäre noch auszuhandeln.

Auf Nachfrage von Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, warum der Glaspavillon mit 30.000 EUR in der Bilanz der Stadt Plauen stünde, antwortet Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, dass bei der Aufnahme der Vermögensgegenstände davon ausgegangen wurde, dass der Glaspavillon der Stadt Plauen gehört.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass der Wert des Glaspavillons durch den Eigenbetrieb GAV auf jeden Fall dargestellt wurde. Ein Ankauf durch die Stadt Plauen würde unter Wert erfolgen.

Beschluss:

Die Mittel für den Kauf des Glaspavillons im Parktheater sollen herausgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Beschluss-Nr.: 46/18-7

3.10. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 327-18 - HH 2019

Zu Beginn der Sitzung wurde der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 351-18**, für diesen Tagesordnungspunkt ausgereicht.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 345-18**, inhaltlich mit den beiden Anträgen korrespondiert und zu diesem Tagesordnungspunkt mit diskutiert werden soll.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., erläutert die beiden Anträge ihrer Fraktion.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 345-18 zurückgezogen wird.

Gleichzeitig stimmt die CDU-Fraktion dem Antrag/Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., *Reg. Nr.327-18 und Reg. Nr. 345-18* zu.

Herr Pöcker, Leiter Fachgebiet Brandschutz, spricht sich positiv zum Inhalt der o. g. Anträge aus. Er hält es für einen guten Weg, Voraussetzungen zu schaffen, dass zukünftig der Brandschutz in der Stadt Plauen dauerhaft gewährleistet werden kann. Er bedankt sich für das Verständnis der Fraktionen.

Frau Karliner, Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation, führt aus, dass dem ersten Teil des Beschlussvorschlages (Verbeamtung) seitens der Verwaltung zugestimmt werden kann. Dem zweiten Teil (erhöhte Zulagen für Kameraden, die aus Altersgründen nicht mehr verbeamtet werden können) kann die Verwaltung derzeit nicht zustimmen, da hierzu die Grundlage im Tarifrecht fehlt.

Frau Karliner merkt an, dass es bezüglich der Lehrer/innen in Sachsen eine Regelung für die Zahlung einer Zulage gibt, wenn eine Verbeamtung aus Altersgründen nicht mehr möglich ist. Sie bietet an, mit dem kommunalen Arbeitgeberverband ein Gespräch zu führen, um herauszufinden, auf welcher Grundlage diese Zulagenzahlung möglich gemacht wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer unterstützt den Antrag auf Verbeamtung, da die Begründung zum Antrag sachlich nicht zu widerlegen ist. Die Frage der Zahlung von Zulagen kann heute nicht zugesagt werden. Dies soll aber einer Beantwortung zugeführt werden.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, teilt mit, dass die Summe von 1,4 Mio. EUR für die beantragte Verbeamtung in den Haushalt eingearbeitet wird. Für die Rechtssicherheit der Beschlussfassung muss bezüglich der Zulagen eindeutig festgestellt werden, dass hierfür keine Mittel in den Haushalt eingeplant werden.

Geschäftsordnungsantrag:

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 351-18, zur Befassung in die zuständigen Ausschüsse zu verweisen.

Stadtrat Fiedler begründet den Antrag damit, dass es zu starken Verwerfungen und auch Ungerechtigkeiten führen könnte, wenn in einer bestehenden Struktur eine nur teilweise Verbeamtung vorgenommen wird.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus. Eine Verschiebung in die zuständigen Ausschüsse würde nichts am derzeit vorliegenden Problem in der Berufsfeuerwehr ändern.

Abstimmungsergebnis: Der Geschäftsordnungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 46/18-8GO

Beschluss zum Antrag Reg. Nr. 351-18:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kameradinnen und Kameraden der Berufsfeuerwehr Plauen ab 2019 stufenweise zu verbeamten.

Die Kameradinnen und Kameraden, die aus Altersgründen nicht mehr verbeamtet werden können, sollen erhöhte Zulagen erhalten.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 46/18-9

3.11. Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 345-18 - HH 2019

siehe TOP 3.10.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 345-18 zurückgezogen wird.

Gleichzeitig stimmt die CDU-Fraktion dem Antrag/Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., Reg. Nr.327-18 und Reg. Nr. 345-18 zu.

3.12. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 328-18 - HH 2019

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., erklärt, dass der Antrag ihrer Fraktion wie folgt modifiziert wird:

Die Stadtverwaltung Plauen wird beauftragt zu prüfen, ob es möglich ist, eine Geburtstagskarte vom Oberbürgermeister sowie einen Gutschein für einen Blumengruß an Jubilare ab dem 80. Lebensjahr zu senden. Bezüglich des Gutscheins soll geprüft werden, ob hierzu ein Vertrag mit einem Blumenhändler geschlossen werden kann. Nur bei Gegenzeichnung desjenigen der die Karte und den Gutschein erhält, würde die Stadt Plauen die Leistung bezahlen.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass die Finanzierung der Blumenpräsente o. ä. aus Ortschaftsratsmitteln eingestellt wurde, da dies nicht rechtens ist. Dies würde zu einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk des Gesamthaushaltsabschlusses führen. Herr Uebel, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes hat dahingehend mit den Ortschaftsräten entsprechende Gespräche geführt.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt weiter aus, dass er eine rechtliche Prüfung auf Zulässigkeit für Geldgeschenke (Gutscheine) an Bürger/innen der Stadt Plauen ab dem 80. Lebensjahr noch herbeiführen wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor:

Der modifizierte Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg. Nr. 328-18, wird zur Vorberatung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen, da es sich um einen neuen Sachverhalt handelt.

Die Fraktion DIE LINKE. stimmt dieser Regelung zu.

3.13. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg.-Nr. 329-18 - HH 2019

Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages ihrer Fraktion.

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, teilt mit, dass es bundesweit nur äußerst selten vorkommt, dass eine kreisangehörige Stadt wie Plauen eine Familienhebamme beschäftigt. Dies ist eine Pflichtaufgabe des jeweiligen Landkreises.

Die Stadtverwaltung Plauen vertritt den Standpunkt, dass der Bereich frühe Hilfen qualitativ und personell so ausgestattet sein muss, dass wirksame Hilfen schon im frühen Kindesalter angeboten werden können.

Wenn eine Behörde, die diese frühkindlichen Hilfen als Pflichtaufgabe zu leisten hat, aus Sicht der politischen Verantwortungsträger qualitativ bedenklich arbeitet, dann muss dies auch bei der zuständigen Stelle vorgebracht werden.

Da der Stadtverwaltung Plauen der erhöhte Bedarf bezüglich der Leistungen der Familienhebamme durchaus bewusst ist, wurde vom Oberbürgermeister ein entsprechendes Schreiben an den Landrat des Vogtlandkreises versandt und für die bestehende Bedarfslage um Unterstützung gebeten. Weiterhin wurde um Auskunft dazu gebeten, welche bestehenden und künftigen Maßnahmen seitens des Vogtlandkreises vorgesehen sind, um der von der Stadtverwaltung Plauen beobachteten Bedarfslage entsprechen zu können.

Die Stadtverwaltung Plauen lehnt den Antrag der SPD/Grüne-Fraktion ab, da dies Pflichtaufgabe des Vogtlandkreises ist.

Stadträtin Alexandra Glied, Fraktion FDP/Initiative Plauen, unterstützt den Antrag der SPD/Grüne-Fraktion.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, spricht sich im Hinblick auf die Zuständigkeit gegen den Antrag aus.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, eine zweite Stelle „Familienhebamme“ im Stellenplan und Haushaltsplan ab 01.01.2019 einzurichten. (Strukturnummer 1040.0009 im Stellenplan, Produkt 414006)

**Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen; 23 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-10**

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.14. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg.-Nr. 330-18 - HH 2019

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion.

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, spricht die vom Stadtrat der Stadt Plauen bereits beschlossene Reduzierung/Begrenzung des Elternbeitrages für Kindertageseinrichtungen auf das Mindestniveau für die kommenden Jahre an. Das schließt ein, dass für Qualitätsmaßnahmen nur noch dann Mittel bereitgestellt werden können, wenn sich Bund und Land an diesen Maßnahmen beteiligen.

Wenn ein Sozialministerium feststellt, dass es in der Sprachentwicklung von Kindern im Einschulungsalter große Probleme gibt, dann sollten dafür flächendeckend Standards in der frühkindlichen Bildung geschaffen werden.

Die Stadtverwaltung Plauen lehnt den Antrag der SPD/Grüne-Fraktion ab. Es wird eingeschätzt, dass mit der Schaffung der beantragten 2 Stellen dem eigentlichen Problem nicht wirklich begegnet werden kann.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus.

Stadtrat Hermann plädiert nochmals für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt mindestens zwei volle pädagogische Stellen mit dem Schwerpunkt „frühkindliche Sprachförderung“ im Bereich der Kindertagesstätten und Kindertagespflege im Stellen- und Haushaltsplan ab 1.1.2019 einzurichten. Die zusätzlichen Stellen sollen bewusst als freiwillige Leistung der Stadt Plauen eingerichtet werden, um insbesondere die frühkindliche Sprachförderung zu verbessern und frühzeitig Sprachentwicklungsprobleme zu erkennen und Eltern sowie Erzieherinnen und Erzieher dabei zu unterstützen damit kompetent umzugehen.

**Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird bei 9 Ja-Stimmen mit Stimmenmehrheit abgelehnt.
Beschluss-Nr.: 46/18-11**

3.15. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg.-Nr. 332-18 - HH 2019

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, unterstützt im Namen der Verwaltung den Antrag.

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen den Antrag aus. Zur Begründung führt er aus, dass sich die Stadt Plauen noch immer in der Haushaltskonsolidierung befindet.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, spricht sich für den Antrag aus.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Im Stellenplan der Stadt Plauen wird eine Projektleiterstelle im Fachgebiet Informationstechnik (IT) eingerichtet.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen; 13 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-12

3.16. Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 339-18 - HH 2019

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion.
Gleichzeitig gibt er folgende Änderung im Beschlusstext bekannt:

Wie im Finanzausschuss angeregt, soll im Beschlusstext der letzte Satz gestrichen und durch folgenden Satz ergänzt werden:

Der Arbeitsauftrag der Verwaltung zur Schaffung von Räumlichkeiten wird als Projektmaßnahme in die 2019 zu erarbeitende Konzeption des Modellprojektes zur Städtebauförderung von Bund und Land aufgenommen.

Oberbürgermeister Oberdorfer unterstützt den Antrag ausdrücklich.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion für den geänderten Antrag aus.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion beantragt die Planung und Schaffung einer städtischen Räumlichkeit zur Erinnerung und Bewahrung der Ereignisse seit dem Beginn und während der Friedlichen Revolution 1989 in Plauen im Sinne der Heimat-, Regionalgeschichte und Denkmalpflege.

Der Arbeitsauftrag der Verwaltung zur Schaffung von Räumlichkeiten wird als Projektmaßnahme in die 2019 zu erarbeitende Konzeption des Modellprojektes zur Städtebauförderung von Bund und Land aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-13

3.17. Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 342-18 - HH 2019

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt seiner Fraktion.

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, teilt mit, dass die Sicherung der Jugendverbandsarbeit eine Pflichtaufgabe des Vogtlandkreises ist.

Die Förderung der Jugendverbandsarbeit wird von der Stadt Plauen als ein wichtiger symbolischer Akt verstanden. In den letzten Jahren konnte die Stadt Plauen eine Pauschale von 11 EUR pro Mitglied ausreichen. Die Verwaltung ist der Überzeugung, dass dies ein guter und ausreichender Beitrag ist und lehnt deshalb den Antrag ab.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., sieht den Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Pauschale kritisch. Er unterstützt aber den Antrag im Sinne seiner eigenen Arbeit als aktiver Jugendleiter.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion beantragt, die Erhöhung der Pauschale pro Mitglied auf 15 EUR jährlich für die Förderung der Jugendverbände und Jugendgruppen auszuzahlen.

Nicht abgerufene Mittel sind an die Jugendverbände zusätzlich auszuzahlen, die ihre Anträge fristgerecht gestellt haben.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-14

3.18. Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 343-18 - HH 2019

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, weist darauf hin, dass sich die Stadt Plauen noch in der pflichtigen Haushaltskonsolidierung befindet und deshalb eine Erhöhung des Zuschusses kritisch gesehen wird.

Frau Göbel erinnert daran, dass bereits zur letzten Haushaltsbefassung eine Erhöhung im Jahr 2018 bereits eine Erhöhung für die e.o.plauen-Stiftung veranschlagt wurde, welche bis 2022 fortgeschrieben wurde. Deshalb plädiert Frau Göbel dafür, dass über die jetzt beantragte Erhöhung zur Haushaltsplanung 2020 noch einmal gesprochen werden soll und dieses Jahr keine Erhöhung durchzuführen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, spricht sich für den Antrag aus.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion beantragt, die jährliche Mittelzuweisung an die Ehrich-Ohser - e.o.plauen-Stiftung ab 2019 um jeweils 7 TEUR zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 46/18-15

3.19. Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 344-18 - HH 2019

Stadträtin Xenia Boerner, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages ihrer Fraktion.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, lehnt den Antrag im Namen der Stadtverwaltung Plauen mit Hinblick auf die pflichtige Haushaltskonsolidierung ab.

Er weist darauf hin, dass sich auch der Vogtlandkreis mit 5,00 EUR/Person an der Finanzierung beteiligt. Es sei zu beachten, dass es sich hierbei nicht um die Entschädigung der ehrenamtlichen Übungsleiter handelt. Dafür stellt die Stadt Plauen 60.450 EUR und weitere 6.00 EUR für Wettkämpfe zur Verfügung.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, gibt zu Protokoll, dass dem Antrag nur unter dem Vorbehalt zugestimmt wird, wenn auch seitens des Vogtlandkreises eine Erhöhung der Förderung vorgenommen wird.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., begrüßt den Einsatz der CDU-Fraktion. Sie führt aber aus, dass es wichtiger wäre, die Gelder für die Übungsleiter zu erhöhen, da diese Gelder meist nicht bis zum Jahresende ausreichen.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion beantragt, den jährlichen Betrag pro Person von 3,00 EUR auf 6,00 EUR anzuheben.

Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt.
Beschluss-Nr.: 46/18-16

3.20. Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 349-18 - HH 2019

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass es sachlich begründet ist, wenn die Stadt Plauen Waldflächen (Arrondierungsflächen) verkauft, die z. B. schlecht erreichbar und problematisch zu bewirtschaften sind.

Eine zu verkaufende Fläche von 10 ha ist gerechnet auf eine Gesamtfläche von 2.300 ha eben eine Arrondierungsfläche.

Herr vom Hagen ergänzt, dass im zuständigen Ausschuss noch einmal die einzelnen zum Verkauf vorgesehenen Flächen vom Förster dargestellt werden und der Verkauf begründet wird.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, weist ausdrücklich darauf hin, dass der Verkauf dieser Waldflächen eine Maßnahme des Haushaltsstrukturkonzeptes ist, welche dringend umgesetzt werden sollte. Über die entsprechenden Flächen, die öffentlich angeboten werden sollen, wurde bereits im Finanzausschuss (zuständiger Betriebsausschuss des Eigenbetriebes GAV) am 08.11.2018 (**Drucksachennummer 884/2018**) informiert bzw. vorberaten.

Frau Göbel appelliert dringend an die Mitglieder des Stadtrates, über den Verkauf der genannten Waldflächen den zuständigen Finanzausschuss (Betriebsausschuss Eigenbetrieb GAV) entscheiden zu lassen.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., spricht sich gegen den Antrag aus. Seiner Meinung nach sprechen die wirtschaftlichen Tatsachen dafür, dass man sachlich ohne jeden Vorbehalt den Verkauf abwägt.

Stadtrat Kämpf legt dar, dass o. g. Finanzausschuss bisher nicht klar dargelegt werden konnte, dass es sich um Flächen handelt, die nicht wirtschaftlich zu betreiben wären. Die CDU-Fraktion hat große Probleme, dem Verkauf dieser Waldflächen zuzustimmen. Dies sollte noch einmal diskutiert werden.

Stadtrat Kämpf bittet an dieser Stelle um eine kurze Unterbrechung der Sitzung, um noch einmal mit seiner Fraktion zu diesem Thema beraten zu können.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass dies als ein Geschäftsordnungsantrag zu werten sei. Er kann eine Unterbrechung der Sitzung nicht befürworten und würde dies abstimmen lassen.

Stadtrat Kämpf zieht den Geschäftsordnungsantrag zurück.

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. die Veräußerung von Wald i. H. v. 300 TEUR im Jahr 2019 mit einer Streichung zu versehen. Zur Deckung ist durch die Verwaltung nach Möglichkeiten der Gegenfinanzierung zu suchen, z.B. durch Kreditaufnahme.
2. Zur Haushaltsbefassung ist eine Auflistung vorzulegen, wo sich Arrondierungsflächen befinden und welche sich zum Tausch mit Anschlussflächen anbieten.

**Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen; 22 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-17**

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

4. **Beschlussfassung**

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt zu den beiden nachfolgenden Tagesordnungspunkten Frau Dr. Pia Findeiß, Oberbürgermeisterin der Stadt Zwickau, Frau Sandra Kaiser, Geschäftsführerin der Theater Plauen-Zwickau gGmbH, Herrn Friedrich Hähner-Springmühl, Mitglied des Stadtrates der Stadt Zwickau, Herrn Roland May, Intendant des Theaters Plauen-Zwickau, sowie den Stellvertretenden Vorsitzenden des Theaterfördervereins.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt einfürend dar, dass er davon überzeugt ist, dass es in Südwestsachsen auch weiterhin ein produzierendes Mehrspartentheater geben wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt anhand einer Bildschirmpräsentation den aktuellen Sachstand dar.

Oberbürgermeister Oberdorfer kommt auf den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion unter TOP 1.1.Tagesordnung zurück.

Er sieht kein Problem darin, die Tagesordnungspunkte 4.1. und 4.2. in der Reihenfolge der Befassung zu tauschen.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt Einvernehmen der Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen zu diesem Geschäftsordnungsantrag fest.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, beantragt Rederecht für Herrn Roland May, Intendant des Theaters Plauen-Zwickau zu den Tagesordnungspunkten 4.1. und 4.2..

Oberbürgermeister Oberdorfer wird dies zum gegebenen Zeitpunkt aufgreifen.

4.2. **Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH unter Berücksichtigung der Ausgestaltung des "Kulturpaktes" mit dem Freistaat Sachsen, sowie der finanzierungskonformen Änderung des Gesellschaftsvertrages** *Drucksachenummer: 878/2018*

Oberbürgermeister Oberdorfer erteilt Frau Dr. Pia Findeiß, Oberbürgermeisterin der Stadt Zwickau, Rederecht.

Oberbürgermeisterin Dr. Findeiß trägt aus Sicht der Stadt Zwickau den aktuellen Sachstand vor. Sie spricht sich dafür aus, die Haustarifverträge für das Theater Plauen-Zwickau mit Unterstützung durch das Angebot des Freistaates Sachsen abzulösen.

Oberbürgermeisterin Dr. Findeiß trägt den Beschlusstext der Stadt Zwickau zum Grundlagenvertrag vor, welcher Sperrminoritäten für die Stadt Plauen enthält.

Oberbürgermeisterin Dr. Findeiß informiert über Spartenschließungen.

2016 wurde die Sparte Puppentheater ausgegliedert und komplett von Zwickau alleine finanziert. Die Stadt Plauen bezahlt nur für Aufführungen des Puppentheaters am Standort Theater Plauen. Im Jahr 2018 waren dies 29 Aufführungen in Plauen für 29 TEUR. Die Stadt Zwickau hat im Jahr 2018 insgesamt 719 TEUR für die Sparte Puppentheater gezahlt.

Oberbürgermeisterin Dr. Findeiß legt ihren Eindruck bezüglich der Beschäftigtenversammlung am 13.12.2018 dar. Sie kritisiert in diesem Zusammenhang die Vorgehensweise des Intendanten Herrn May. Dieser hätte zur o.g. Versammlung nicht das Wort ergriffen und seine Meinung kundgetan, sich aber im Nachhinein in einem offenen Brief geäußert.

Dies sei nach Meinung von Oberbürgermeisterin Dr. Findeiß kein guter Stil in der Zusammenarbeit zwischen Intendant und Gesellschafter.

Oberbürgermeisterin Dr. Findeiß bittet die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen, das Angebot des Freistaates Sachsen anzunehmen und dem Beschluss des Stadtrates der Stadt Zwickau bezüglich des Grundlagenvertrages zu folgen und damit auch künftig dem Publikum 100 % Theater anbieten zu können und den Mitarbeitern die Chance auf ordentliche Bezahlung einzuräumen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass auch er von der Vorgehensweise von Herrn May enttäuscht sei, obwohl er ihm mehrfach die Möglichkeit gegeben hatte, sie mitzuteilen (im Ausschuss und im persönlichen Gespräch).

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, beantragt Rederecht für den Personalrat des Theaters Plauen-Zwickau.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass zuerst die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen ihre Meinungsäußerungen vorbringen können.

Danach gewährt Oberbürgermeister Oberdorfer Rederecht für die Geschäftsführerin Frau Kaiser, für Frau Endler, Kultursekretärin des Kulturraum Vogtland-Zwickau, und für die Vertreter der Belegschaft.

Den Antrag der CDU-Fraktion, Herrn May Rederecht zu gewähren, lässt Oberbürgermeister Oberdorfer im Anschluss daran abstimmen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass es ein gutes Signal aus Dresden sei, dass durch dieses Förderprogramm eine Rückkehr in die Flächentarifverträge ermöglicht würde. Relativieren müsste man aber, dass der Fördersatz bei 70 % zu 30 % liegt und künftige Lohnsteigerungen dabei noch nicht eingerechnet wären. Der Fördersatz würde sich wohl noch relativieren.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass sich die Stadt Plauen die dadurch entstehende Mehrbelastung von ca. 400 TEUR nicht leisten kann.

Stadtrat Schmidt führt weiterhin aus, dass die CDU-Fraktion Probleme mit der Entscheidung des Zwickauer Stadtrates hat, dass es nunmehr nicht nur im Aufsichtsrat eine Veränderung der Sitze geben soll sondern auch in der Gesellschafterversammlung keine paritätische Aufteilung mehr beibehalten werden soll.

Die CDU-Fraktion befürchtet, dass bei einer Neuverteilung der o. g. Sitzverteilungen die Stadt Plauen an maßgeblichen Entscheidungen nicht mehr teilhaben kann.

Stadtrat Schmidt vertritt die Meinung, dass es noch genügend Zeit zum nachverhandeln gäbe und eine Gremienbefassung auch noch im neuen Jahr ausreichen würde.

Stadtrat Schmidt gibt bekannt, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine Zustimmung der CDU-Fraktion zur Vorlage geben wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass es im Vorfeld ausreichend Vorberatungen zum Thema seit der Einbringung der entsprechenden Vorlage gegeben hat.

Er stellt fest, wenn Misstrauen die Basis ist, dann entzieht dies der „Theater-Ehe“ die Grundlage.

Auf Bitte von Oberbürgermeister Oberdorfer legt Frau Sandra Kaiser, Geschäftsführerin der Theater Plauen-Zwickau gGmbH, den Sachverhalt bezüglich der Antragsfristen dar.

Vom Sächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) wurde eine vorgezogene Frist zum 31.10.2018 vorgegeben, um die Möglichkeit zu haben, Anträge früher prüfen zu können. Diese Antragsfrist konnte aber nicht eingehalten werden und wurde dann auf den 01.12.2018 verlängert.

Das Theater Plauen-Zwickau hat seinen Antrag fristgerecht eingereicht.

Der Antrag befindet sich aktuell zur Prüfung beim SMWK. Er ist derzeit noch unvollständig.

Die Gremienbeschlüsse müssen noch nachgereicht werden.

Die erwartete Nachforderung dieser Beschlüsse ist derzeit nicht erfüllbar, weil der Beschluss des Stadtrates der Stadt Plauen noch aussteht. Die Zusage des Kulturkonvents zur Beteiligung des Kulturraums sowie der Beschluss des Stadtrates Zwickau liegen aber bereits vor.

Wie sich das SMWK bei verspätet eingereichten Beschlüssen der einzelnen Gremien verhält, kann von Frau Kaiser nicht eingeschätzt werden. Tatsache sei aber, dass die zur Verfügung gestellten Gelder nicht ewig ausreichen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., legt die Sichtweise ihrer Fraktion dar. Sie führt u. a. aus, dass die Idee zur Durchführung der Belegschaftsversammlung am 13.12.2018 aus den Reihen des Aufsichtsrates kam. Der eigentliche Gedanke dabei war, die Meinung der Belegschaft zu hören und nicht noch einmal umfangreiche Meinungsäußerungen der beiden Oberbürgermeister.

In mehreren bisherigen Zusammenkünften wurde geäußert, dass ein Aufsichtsratsmitglied nur die Pflicht habe, geschäftliche Beschlüsse zu kontrollieren. Dies sieht Stadträtin Hänsel für die meisten Aufsichtsräte aber anders. Wenn die Bedeutung des Aufsichtsrates so marginal sei, könnte nach ihrer Meinung doch die Parität der Aufsichtsratssitze gewährleistet bleiben.

Große Teile der Belegschaft hätten sich in der o. g. Versammlung dafür ausgesprochen, die 100 % Tariflohn anzunehmen. Diese Entscheidung sei in finanzieller Hinsicht nachvollziehbar. Es hätte aber bereits Äußerungen von Strukturmaßnahmen außerhalb des geplanten Strukturkonzeptes.

Stadträtin Hänsel kritisiert, dass die Zwickauer Stadträte bei einem Treffen des Aufsichtsrates weitaus umfangreichere Informationen gehabt hätten als die Plauener Stadträte.

Stadträtin Hänsel merkt an, dass die Äußerung zur ablehnenden Haltung der Gewerkschaften bezüglich der Verlängerung der Haustarife nur teilweise richtig sei. So betreffe die ablehnende Haltung der Gewerkschaft verdi. nur die Techniker des Hauses. Seitens der Gewerkschaft „Bühne“ würde eine nur teilweise Annahme des Kulturpaktes begrüßt, wenn dafür Kündigungen ausgeschlossen werden könnten.

Stadträtin Hänsel führt weiterhin, dass derzeit das Gefühl besteht, dass die Plauener Stadträte und Aufsichtsräte „nur mit halben Informationen abgespeist werden“, um unbedingt jetzt eine Entscheidung zu treffen.

Deshalb lehnt die Fraktion DIE LINKE. den Vorschlag von Oberbürgermeister Oberdorfer ab. Allerdings sollte im Sinne der Sicherung des Kulturpaktes das Signal nach Dresden gesendet werden, diesen mit der Maßgabe anzunehmen, dass nochmals mit Zwickau verhandelt werden könne.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion das produzierende Mehrspartentheater in seiner derzeitigen Form und die „Theater-Ehe“ erhalten will. Gleichzeitig soll der Haustarif vollständig abgelöst werden.

Stadtrat Benjamin Zabel kritisiert, dass eine in 2015 gebildete Strategiekommision, in der die nunmehr aufgeworfenen Fragen hätten diskutiert werden können, nur einmal getagt hätte. Außerdem hätte es seit Juli 2018 keinen transparenten Prozess gegeben und der Stadtrat der Stadt Plauen wäre zu spät und nicht ausreichend einbezogen worden.

Die Bedenken, dass die Stadt Plauen auf wichtige Mitspracherechte bei Zustimmung zum vorliegenden Grundlagenvertrag verzichten würde, bestehen auch bei der SPD/Grüne-Fraktion. Dafür wäre aber klar, dass der Haustarifvertrag abgelöst würde und der Grundlagenvertrag bis 2021 gilt.

Wenn man dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, und der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 350-18**, folgt, müsste die Annahme des Kulturpaktes vorbehaltlich von erneuten Verhandlungen verschoben werden. Nach Meinung von Stadtrat Benjamin Zabel wäre aber klar, dass der Mehrheitsgesellschafter Stadt Zwickau eine Änderung in den wesentlichen Punkten nicht mittragen würde, wenn es keine Veränderung der Finanzierungsgrundlage gibt. Eine paritätische Beteiligung setzt nach Meinung von Stadtrat Benjamin Zabel auch paritätische Mitfinanzierung voraus. Seiner Meinung nach wären im o. g. gemeinsamen Antrag die finanziellen Auswirkungen nicht dargestellt.

Gleichzeitig müsse deutlich gesagt werden, dass eine Kündigung des Haustarifvertrages zum 31.12.2018 dann nicht möglich sei.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, merkt an, dass es bisher kaum ein Jahr gab, in dem die Finanzierung des Theaters gänzlich unproblematisch gewesen wäre. Außerdem sei es durch den Haustarifvertrag bis auf den heutigen Tag mit wesentlichen finanziellen Einbußen für die Beschäftigten verbunden gewesen.

Nunmehr gäbe es die Möglichkeit, zu einer tariflichen Bezahlung zurückzukehren und für die nächsten 4 bis 6 Jahre die Zukunft des produzierenden Mehrspartentheaters zu sichern.

Stadtrat Gerbeth führt aus, dass der vorgelegte Kulturpakt zwar nicht bis zu Ende durchdacht sei, aber einen guten konstruktiven Ansatz hätte.

Um den mittelfristig und langfristigen Fortbestand eines produzierenden Theaters zu sichern, ist seines Erachtens der gemeinsame politische Wille der Verantwortlichen in Stadt, Kreis, Land und Bund erforderlich.

Stadtrat Gerbeth plädiert ausdrücklich für die Zustimmung zu den vorliegenden Beschlüssen. Nur so könne man den Kulturpakt und die in Aussicht gestellten Mittel mit Gewissheit nutzen.

Stadtrat Gerbeth spricht sich ebenfalls für Nachverhandlungen aus. Diese werden aber seiner Meinung nach nur dann erfolgreich sein, wenn der Partner zu konstruktiven Handlungen auch bereit ist.

Stadtrat Gerbeth merkt an, dass er heute von Oberbürgermeisterin Dr. Findeiß ein deutliches Bekenntnis zum produzierenden Mehrspartentheater gehört habe. Er hat keinen Grund, daran zu zweifeln, deshalb befürwortet er den Kulturpakt und somit auch die Rückkehr zu einer vollen tariflichen Bezahlung und zum Erhalt des produzierenden Mehrspartentheaters Plauen-Zwickau.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, merkt an, dass er sich seit 28 Jahren für den Erhalt des Plauener Theaters engagiert. Er äußert sich kritisch zu den Aussagen seitens der Stadt Zwickau während der gemeinsamen Beratung.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, spricht sich grundsätzlich für den Erhalt eines produzierenden 4-Sparten-Theaters aus. Er gäbe aber verschiedenes zu bedenken. Nach Beschluss der vorliegenden Vorlage zum Grundlagenvertrag wäre nach Meinung von Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik eine Nachverhandlung nicht mehr möglich und ein Beschluss zur Vorlage unter TOP 4.1. nicht notwendig. Eine Verhandlungsmöglichkeit würde nur bestehen, wenn der Stadtrat der Stadt Plauen diesen Grundlagenvertrag ablehnt.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik führt weiter aus, dass bis Februar 2019 noch Unterlagen zu den Antragsunterlagen des Theaters nachgereicht werden können.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik informiert weiterhin, dass die Gesellschafteranteile unverändert seien. Nur hat man gesagt, dass mehr als die Hälfte der Plauener Gesellschaftsanteile stimmlos gestellt werden sollen. Dies sei seiner Meinung nach eine Enteignung.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik empfiehlt eine Ablehnung der Vorlage.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass diese Vorlage für die Gesellschafter der Stadt Plauen ein unkalkulierbares Risiko darstellen würde. Das nach Beschluss zu dieser Vorlage noch nachverhandelt werden könne, sei seiner Meinung nach nicht möglich.

Stadtrat Eckardt führt weiter aus, dass es keinen Zeitdruck geben würde. Er wirbt an dieser Stelle für den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 350-18**.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob seit bekannt werden des Kulturpaktes schon einmal Gespräche mit den beiden Landkreisen Vogtland und Zwickau zu einer möglichen Beteiligung an der Finanzierung der Theater Plauen-Zwickau g GmbH geführt wurden.

Stadträtin Rank kritisiert, dass zu einem diesbezüglicher Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE. in der letzten Kreistagssitzung so argumentiert wurde, dass dieser Antrag zurückgezogen wurde.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass in der o. g. Kreistagssitzung mehrere Anträge kurzfristig eingebracht wurden, sodass gar keine Vorberatung möglich war. Die Mehrheit des Kreistages hat daraufhin befürwortet, diese Anträge in der nächsten Sitzung noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt weiter aus, dass er bereits mehrfach mit Landrat Keil bezüglich einer Mitfinanzierung an der Theater Plauen-Zwickau g GmbH gesprochen hat. Seitens des Landrates wurde argumentiert, dass während der Haushaltskonsolidierung keine freiwilligen Aufgaben übernommen werden dürfen. Außerdem hat der Kreistag in seiner derzeitigen Zusammensetzung bereits vorher schon beschlossen, dass es eine Beteiligung an der Theater Plauen-Zwickau g GmbH nicht geben wird.

Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass sie seitens der SPD-Fraktion im Zwickauer Stadtrat immer Kompromissbereitschaft erlebt ebenso wie die CDU-Fraktion im Stadtrat Zwickau bereit sei weiter zu verhandeln. Sie bittet darum, solch eine Zwietracht zwischen den beiden Städten Plauen und Zwickau zu vermeiden.

Stadträtin Pfeil-Zabel bittet zu überlegen, ob hier nur für die Zuschauer oder auch für die Beschäftigten des Theaters argumentiert würde. Für sie sei ersichtlich, dass die Beschäftigten aus dem Haustarifvertrag heraus wollen, um eine angemessene Bezahlung zu erhalten. Wenn das Theater auf Dauer zukunftsfähig bleiben und gutes Personal gehalten werden soll, so müsse man dieses auch ordentlich entlohnen.

Oberbürgermeister Oberdorfer erteilt Frau Endler, Kultursekretärin des Kulturraumes Vogtland-Zwickau, das Wort bezüglich ihrer Sicht auf die Antragsverfahren und auf die Terminstellungen.

Frau Endler, bestätigt bezüglich der Antragsfristen zum Kulturpakt die Aussagen von Frau Kaiser. Das Kultusministerium hat angekündigt, dass der Kulturraum Mitte Januar 2019 mit einem Zwischenstand zur Erarbeitung der Anträge rechnen könne und gleichzeitig signalisiert, dass wahrscheinlich nicht alle Beschlüsse und Anlagen bis dahin vorgelegt sein werden. Weiterhin führt sie aus, dass keine Bescheide zu erwarten sind, solange nicht alle Unterlagen vorliegen.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft nunmehr den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion, bezüglich Rederecht für Herrn Roland May, Intendant des Theaters Plauen-Zwickau, zu den Tagesordnungspunkten 4.1. und 4.2. auf, lässt ein Wort dafür und ein Wort dagegen zu (wird nicht gewünscht) und bittet um Abstimmung hierzu.

**Abstimmungsergebnis: Dem Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich zugestimmt.
Beschluss-Nr.: 46/18-20GO**

Herr Roland May, Intendant des Theaters Plauen-Zwickau, kritisiert die Verkürzung der Zeitschiene für die Einreichung aller Unterlagen beim Kultusministerium.

Er führt weiterhin aus, dass man wisse und es sehr schätze, dass der Gesellschafter Zwickau seit Jahren einen höheren Beitrag zum Erhalt des Theaters leistet. Hierfür äußert Herr May seinen ausdrücklichen Dank.

Jedoch sei Herr May überzeugt davon, dass eine Veränderung der Stimmverhältnisse in den Gremien zu Ungunsten der Stadt Plauen Probleme für die Beziehung beider Städte mit sich bringen würde. Das Risiko für die Erreichung der Ziele (Sicherung der Theater im ländlichen Raum in ihrem Bestand), welche ganz Sachsen mit diesem Kulturpakt verbindet, sei seiner Meinung nach zu groß.

Herr May führt weiter aus, dass für viele Stadträte, den Förderverein und auch verschiedene Mitglieder der Belegschaft der avisierte Gesellschaftsvertrag mit der Beschlussmöglichkeit zur Zustimmung zu einer wesentlichen Veränderung des Unternehmens problematisch sei.

Nach Meinung von Herrn May sei auch die von der Stadt Plauen für den Konfliktfall in Aussicht gestellte Kündigung des Gesellschaftsvertrages zu hinterfragen. Er fragt, warum von Zwickauer Seite eine Kündigung für Gründe anerkannt werden sollte, die ausdrücklich vereinbart sind, z. B. Sparten-schließung. Bei einer möglichen Insolvenz des Unternehmens stünde man dann in fast gleich großer Verantwortung.

Herr May bittet darum, dass sich die Mitglieder des Plauener Stadtrates noch einmal gemeinsam mit Oberbürgermeister Oberdorfer an die Stadträte von Zwickau wenden sollen. Die Mittel für den Strukturpakt sind beantragt und Grundlagenverträgen seien auch in der Vergangenheit rückwirkend unterzeichnet worden.

Herr May äußert sich nunmehr zu seinen Veröffentlichungen in den vergangenen Wochen. Er hält es für wichtig, dass zur Kenntnis genommen wird, dass sich das Theater Plauen in seiner Besetzung momentan am Limit befindet und ein Mehrspartentheater (4 Sparten) fast nicht mehr in einer angemessenen Qualität vorgehalten werden kann.

Herr May wendet sich mit dem Vorschlag an Oberbürgermeisterin Dr. Findeiß, das schriftlich in einem Vertrag verankert werden sollte, dass zu den wesentlichen Veränderungen keine Sparten-kürzungen bzw. keine Spartenschließungen zählen.

Oberbürgermeister Oberdorfer warnt davor, der freiwilligen Verbindung der beiden Theater den Boden zu entziehen, weil das Misstrauen überwiegt.
Fakt ist: Es gibt ein Strukturkonzept, welches in beiden Stadträten Beschlusslage ist und von verschiedenen Gesellschafterbeschlüssen untermauert wird. Dieses Strukturkonzept soll von der Geschäftsführung umgesetzt werden.
Wenn jede Auffassung, die heute vorgetragen wurde, über die Medien nach Zwickau transportiert wird, wird nach Auffassung von Oberbürgermeister Oberdorfer keine Basis da sein, um einen wirklichen Vertrag vorbereiten zu können, der von allen getragen wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass sich auch die Mitglieder des Zwickauer Stadtrats gegenüber der Bevölkerung erklären müssen, warum trotz unterschiedlich hoher Mitfinanzierung in beiden Theatern gleiches Angebot vorgehalten wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer erteilt nunmehr Vertretern des Betriebsrates des Theaters Plauen-Zwickau das Wort.

Herr Matthias Schindler, Vorsitzender des Betriebsrates des Theaters Plauen-Zwickau, führt aus, dass gegenseitiges Vertrauen sehr wichtig sei.
Die Belegschaft hätte seiner Meinung nach ihren Beitrag, zur Erhaltung des Mehrspartentheaters mit dem seit 15 Jahren laufenden Haustarifvertrag geleistet.
Nunmehr sei es legitim, mit dem Signal aus Dresden (Kulturpakt), den laufenden Haustarifvertrag zu beenden.

Herr Nikolaus Köhler, ehemaliger Vorsitzender des Betriebsrates des Theaters Plauen-Zwickau, fragt nach der Alternative, wenn die Mittel aus dem Kulturpakt nicht oder nur teilweise angenommen werden. Bis jetzt konnte gegenüber der Gewerkschaft verdi. immer belegt werden, warum ein Ausscheiden aus dem Haustarifvertrag nicht möglich sei. Dieses Argument könne nun nicht mehr gebracht werden. Der Haustarifvertrag läuft regulär in 2 Jahren aus.

Herr Köhler fragt nach, wie die Zahlung von 100 % Lohn und Gehalt ohne die Unterstützung aus Dresden abgefangen werden soll.

Herr Köhler bittet ebenfalls um erneute Verhandlungen vor allem darum, gegenseitiges Vertrauen wieder aufzubauen und die Mittel aus dem Kulturpakt in Anspruch zu nehmen.

Stadträtin Hänsel, fragt beim Betriebsrat nach, wie sich die Beschäftigten zu 2 folgenden Szenarien äußern würden:

1. Die Mittel aus dem Kulturpakt werden zu 100 % angenommen, man riskieren aber unter Umständen Strukturveränderungen.
2. Wäre es denkbar, die Strukturmittel nur zu 95 % anzunehmen und dafür die Sicherung der Sparten im Theater anzustreben?

Davon, dass die Mittel aus dem Strukturpakt gar nicht angenommen werden sollen, war nach Auffassung von Stadträtin Hänsel nie die Rede.

Stadtrat Benjamin Zabel geht auf das Schreiben des Theaterfördervereins ein, welches die Mitglieder des Stadtrates erhalten haben. Dort seien 4 Punkte benannt, die auch im Wesentlichen diskutiert wurden.

Man müsse an dieser Stelle deutlich sagen, dass die Annahme des Kulturpaktes zum 01.01.2019 die Rückkehr zum Flächentarifvertrag bedeutet. Alles andere würde seiner Meinung nach wesentliche Risiken bergen, welche Stadtrat Benjamin Zabel erläutert.

Oberbürgermeister Oberdorfer trägt aus dem Grundlagenvertrag vor.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, beantragt im Namen seiner Fraktion die namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt diesem Antrag gemäß § 18 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen statt.

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadt Plauen als Gesellschafterin der Theater Plauen-Zwickau gGmbH bekennt sich zur Beantragung der durch den Freistaat Sachsen im Rahmen des „Kulturpaktes“ bereitgestellten Fördermittel.
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftervertreter auf die Beendigung der Haustarifverträge zum 31.12.2018 hinzuwirken.
2. Die Stadt Plauen wird entsprechend der Förderbedingungen die geforderten Eigenanteile zur Finanzierung der Mehraufwendungen in den Jahren 2019 bis 2022 entsprechend der Anlage 1 tragen. Die entsprechende Erhöhung der städtischen Ausgleichszahlungen an die Theater Plauen-Zwickau gGmbH wird in den Haushaltsplan der Stadt Plauen eingestellt. Die Stadt Plauen beabsichtigt unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen in den Jahren 2023 und 2024 die geforderten Eigenanteile zur Finanzierung der Mehraufwendungen entsprechend der dann geltenden Förderbedingungen zu tragen.
3. Der Grundlagenvertrag zwischen den Städten Zwickau und Plauen über die Sicherung der Theater-Plauen- Zwickau gGmbH vom 20.01.2004, welcher zuletzt am 21.05.2015 geändert wurde, wird in Form des als Anlage 2 beigefügten Änderungsvertrags an den aus den Beschlusspunkten 1 und 2 resultierenden Finanzierungsbedarf angepasst und vorfristig bis zum 31.12.2022 verlängert.
4. Der Gesellschaftsvertrag der Theater Plauen-Zwickau gGmbH wird gemäß Anlage 3 geändert. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, im weiteren Verfahren abweichenden Formulierungen zuzustimmen, sofern diese redaktioneller Art oder von untergeordneter Bedeutung für die Beteiligungsrechte der Stadt Plauen sind.

Namentliche Abstimmung:

Stimmberechtigtes Mitglied	Abstimmung	Stimmberechtigtes Mitglied	Abstimmung
Bindl, André	Ja	Kusche, Rico	Nein
Blechschmidt, Dieter	Nein	Legath, Lars	Nein
Boerner, Xenia	Nein	Mühle, Monika	Nein
Bräunel, Ralf	Nein	Müller, Steffen	Nein
Brückner, Dirk	Nein	Pfeil-Zabel, Juliane	Ja
Eckardt, Ingo	Nein	Rank, Petra	Nein
Erdmann, Christian	Ja	Reißner, Ilka	Nein
Fiedler, Thomas	Ja	Ruppig, Wolf-Rüdiger	Nein
Fleischer, Hansgünter	Nein	Rüdiger, Tobias	Nein
Gerber, Klaus	Ja	Salzmann, Thomas	Nein
Gerbeth, Sven	Ja	Schicker, Annetrin	Nein
Glied, Alexandra	Ja	Schmidt, Jörg	Nein
Hänsel, Claudia	Nein	Seidel, Uta	Nein
Hermann, Christian	Ja	Stubenrauch, Bernd	Ja
Herold, Daniel	Nein	Süß, Christa	Nein
Hinz, Wolfgang	Nein	Thieme, Frank	Ja
Jäger, Klaus	Enthaltung	Weiß, Hansjoachim	Nein
Kämpf, Tobias	Nein	Zabel, Benjamin	Ja
Knabe, Kerstin	Ja	Zabel, Frank M.	Ja
Kowalzik, Lutz	Nein	Oberdorfer, Ralf	Ja

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen; 25 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 46/18-21

Die Vorlage wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

4.1. Fortsetzung der Vertragsverhandlungen zum Grundlagenvertrag der Theater Plauen-Zwickau gGmbH

Drucksachenummer: 922/2018

- gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion und fraktion DIE LINKE. Reg. Nr. 350-17

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über das ausgereichte Änderungsblatt zur Verwaltungsvorlage, **Drucksachenummer: 922/2018**, wonach der Beschlusstext um den Punkt

4. Entfristung des Grundlagenvertrages ergänzt wird.

Gleichzeitig wird der Beschlusstext unter Berücksichtigung des aktuellen Sachstandes wie folgt geändert:

„Der Stadtrat der Stadt Plauen beauftragt die Stadtverwaltung Plauen, ~~nach~~**vor** Inkrafttreten des neuen Grundlagenvertrages für dessen Vertragsänderung.....“

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, trägt einen **Änderungsantrag zum Punkt 1 des Beschlussvorschlages der Verwaltungsvorlage, Drucksachenummer: 922/2018**, vor und übergibt diesen Änderungsantrag an Oberbürgermeister Oberdorfer.

Änderungsantrag:

Pkt. 1 wird wie folgt geändert:

- 1. Paritätische Mitspracherechte bei**
 - der Bestellung/Abberufung des Intendanten
 - **Wirtschaftsplan mit Stellenplan und den darauf basierenden Spielplan**
 - etwaige Veränderungen zur Struktur/Sparten
 - **Abschluss von Miet- und Pachtverträgen**
 - **Erfolgsgefährdende Ausgaben**

- **Eintrittspreise und Abonnementbedingungen**
- **Grundsätzliche Änderungen der Gesamtorganisation der Gesellschaft**
- **Entscheidungen über die Geschäftspolitik und Unternehmensziele**

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, dass Punkte, die noch in die Verhandlungen eingebracht werden sollen, schriftlich bei ihm eingereicht werden, damit diese noch rechtzeitig an die Stadt Zwickau weitergeleitet werden können.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt aber an, dass erst nachgefragt werden müsse, ob Zwickau unter den gegebenen Umständen überhaupt weiter verhandeln möchte. Auf jeden Fall wird er um Terminvorschläge nachsuchen. Sollten diese gegeben werden, wird Oberbürgermeister Oberdorfer diese Termine den Mitgliedern des Stadtrates mitteilen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, geht davon aus, dass nunmehr der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 350-18**, behandelt wird, da dieser weitreichender als die vorliegende Verwaltungsvorlage sei.

Oberbürgermeister Oberdorfer bestätigt dies und bittet um Erläuterung des o. g. Antrages.

Stadtrat Schmidt erläutert nunmehr den Inhalt des o. g. gemeinsamen Antrages.

Beschluss zum Antrag, Reg. Nr. 350-18:

Der angebotene „Kulturpakt“ des Freistaates Sachsen wird mit geändertem Gestaltungsspielraum zum Flächentarifvertrag umgesetzt. Das finanzielle Angebot des „Kulturpaktes“ wird somit nur teilweise in Anspruch genommen.

Die Stadt Plauen führt dazu unverzüglich Verhandlungen mit der Stadt Zwickau sowie den beteiligten Gewerkschaften. Ziel ist es, die Lücke zwischen dem bestehenden Haustarifvertrag und dem Flächentarifvertrag mit einem neuen, für die Beschäftigten verbesserten Haustarifvertrag mit Augenmaß zu schließen. Damit sollen zudem die bestehenden Konditionen des aktuellen Grundlagenvertrages mit der Stadt Zwickau unverändert (Finanzierungsanteil 60:40, Stimmrecht in allen Gremien paritätisch) fortgeführt werden.

**Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt.
Beschluss-Nr.: 46/18-22**

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass sich mit Zustimmung zu diesem Antrag die Beschlussfassung zur Verwaltungsvorlage, Drucksachenummer: 922/2018, erledigt hat.

4.3. Kündigung Fördermitgliedschaft der Stadt Plauen im Parktheater Plauen e.V. Drucksachenummer: 906/2018

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., stimmt im Namen seiner Fraktion der Vorlage zu.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass künftig bei Abschluss von Fördermitgliedschaften zwischen Vereinen und der Stadt Plauen entsprechender Einblick in die Unterlagen der jeweiligen Vereine einzufordern ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer bedankt sich für diesen Hinweis.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Kündigung der Fördermitgliedschaft der Stadt Plauen im Parktheater Plauen e.V. zum 01.01.2019.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-23**

4.4. Wirtschaftsplan des Kulturbetriebes der Stadt Plauen für das Jahr 2019
Drucksachenummer: 892/2018

Frau Fischer, Direktorin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., erwähnt lobend, die beabsichtigte Übernahme eines Mitarbeiters aus dem Verein Lebenshilfe e. V..

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kulturbetrieb der Stadt Plauen für das Jahr 2019

mit Erträgen in Höhe von 4.365.276 EUR und
Aufwendungen in Höhe von 4.645.336,00 EUR,
somit einen Verlust in Höhe von 280.060,00 EUR im Erfolgsplan,
mit einem Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 169.800,00 EUR,
mit einem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit in Höhe von 100,00 EUR und einem Mittelabfluss
aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 0 EUR im Liquiditätsplan.

2. Der Gesamtbetrag der Kredite aus Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf 0 EUR festgesetzt.

3. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0 EUR festgesetzt.

4. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 250.000,00 EUR festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-24

4.5. Entgeltregelung für die Nutzung der Festplätze an der Festhalle Plauen
Drucksachenummer: 893/2018

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage. Er weist auf folgende Änderung in der Entgeltregelung hin:

1.4. Sonderkonditionen Ostervolksfest

Auf das Platzgeld werden ~~25%~~ **35 %** Nachlass gewährt....

Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, teilt mit, dass 2 Mitglieder des Schaustellerverbandes in der Sitzung des Kultur- und Sportausschusses nachgefragt haben, ob die Stadt Plauen eventuell Unterstützung in Form von Vergünstigungen bezüglich Strom und Wasser zu den jeweiligen Volksfesten leisten kann.

Bürgermeister Zenner antwortet, dass man hierzu mit den Stadtwerken Plauen und mit dem Wasserwerk Plauen in Verhandlungen treten wird, um das bestmögliche Angebot für die Schausteller erreichen zu können.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Entgeltordnung für die Nutzung der Festplätze an der Festhalle Plauen lt. Anlage 1. Diese tritt am 01.01.2019 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-25

4.6. Entwurf und Auslegung Lärmaktionsplan
Drucksachenummer: 914/2018

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zwar gut sind, wohl aber genau so hilflos sein werden, wie die Maßnahmen des letzten Lärmaktionsplanes, da sie seiner Meinung nach keine konkreten Maßnahmen darstellen.

Es wird nach wie vor auf den dreispurigen Ausbau der Trockentalstraße gewartet, um damit die Siegener Straße entlasten zu können. Ebenso weist Stadtrat Jäger auf die Problematik Dittrichplatz und Pausaer Straße hin. Außerdem müssten den heutigen Bedingungen entsprechenden Schutzmaßnahmen an der A72 vorgenommen werden. Der Schwerlastverkehr dort habe massiv zugenommen.

Stadtrat Jäger bittet darum, beim nächsten Entscheidungsvorschlag eine Übersicht auszureichen, auf der ersichtlich ist, was sich in den letzten 5 Jahren verändert hat.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die Ergebnisse der Lärmkartierung und den Entwurf des Lärmaktionsplans zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung relevanter Träger öffentlicher Belange.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-26

4.7. Umstufung von zwei beschränkt öffentlichen Wegen Am Reuthübel zu Ortsstraßen
Drucksachenummer: 902/2018

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, hält es für richtig, dass die Stadt Plauen den Gedanken aufnimmt, um immer mehr Grundstücke, die sich in städtischer Verwaltung befinden umzuwidmen, um diese z. B. mit Eigenheimen bebauen zu können.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Beantragung der Umstufung von zwei Wegen der Straße Am Reuthübel von beschränkt öffentlichen Wegen zu Ortsstraßen beim Landratsamt Vogtlandkreis.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-27

4.8. Bereitstellung überplanmäßige Aufwendungen im Fachgebiet Pass- und Meldewesen
Drucksachenummer: 926/2018

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen für die Ausstellung von Dokumenten im Pass- und Meldewesen i. H. v. 42.000 EUR.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 46/18-28

5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, fragt nach, ob der Stadt bekannt ist, welcher Bauherr derzeit die Häuser an der Reusaer Straße/Abzweig Willy-Brandt-Straße ausbauen bzw. sanieren lässt. Im Umfeld wurden Pkw mit rumänischen Kennzeichen gesehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Annekatri Schicker, CDU-Fraktion, teilt mit, dass Händlern der Klosterstraße aufgefallen ist, dass die Beleuchtung dort sehr dürftig sei, besonders jetzt zur Weihnachtszeit. Im vergangenen Jahr wäre dort sehr viel mehr an Beleuchtung gewesen. Hierdurch hätte die Frequenz an Besuchern/Kunden der ansässigen Geschäfte nachgelassen.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt einen entsprechenden Prüfauftrag an den Geschäftsbereich II. Eine schriftliche Beantwortung erfolgt.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Uta Seidel
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Thomas Fiedler
Stadtrat